

Newsletter vom 17. 2. 2019

Inhalt

Welche Schule für unsere Kinder?	2
Orientierung kommt aus dem Ganzen.....	3
Schule mit Zukunft – was braucht es?.....	5
Vil schbas baim korigiren!	6
Anita Borer befürchtet negative Aspekte von «Schreiben nach Gehör».....	7
Sprechen Kindergärtler schlecht Deutsch, sollen die Eltern zahlen.....	8
Podiumsveranstaltung des Vereins «Starke Volksschule Zürich»	10
«Konstante Bezugspersonen».....	11
Von der offenen Vision zum praxisfernen Dogma.....	12
Interview mit Silvia Steiner	13
Einspruch! 2.....	14
Veranstaltungshinweise	14
Das Lernen der Kinder ins Zentrum stellen	14
Autismus – eine Diagnose mit vielen Facetten	15
4.5.2019: Time for Change? – Teil II: Im Hamsterrad.....	16

Welche Schule für unsere Kinder?

Dieser essentiellen Frage stellen wir uns auch in diesem Newsletter von neuem. Anita Borer beantwortet sie im Zürcher Oberländer ebenso wie die Referenten und das Publikum an der gut besuchten Podiumsdiskussion des Vereins «Starke Volksschule Zürich» oder wie die vielen Verfasser guter Leserbriefe: Die Lehrer sollen ihren Klassen das Grundlagenwissen und die notwendigen Fertigkeiten vermitteln; die Kinder brauchen keine digitalisierten Einzelknoten in teuren Lernlandschaften, sondern eine Lehrerin, die ihre Freude am Lernen weckt und ihnen den Mut gibt, sich wieder aufzurappeln, wenn etwas schief geht.

Schreiben nach Gehör oder gleich richtig? So die nächste Frage. Dass unkorrigiertes Drauflosschreiben «Freude und Motivation beim Lernen» fördere, wird durch häufige Wiederholung nicht weniger falsch. Erfunden wurde diese Fehlinformation jedenfalls nicht von der zitierten Primarschulpflege, sondern sie stammt von «ganz oben» (EDK, PHs). Umso schlimmer für unsere lerneifrigen Primarschüler, die ohne die unverzichtbaren Lehrerkorrekturen im Stich gelassen werden und schlimmstenfalls noch als Erwachsene unsicher sein werden beim Schreiben.

Geradezu unsozial ist die Forderung, fremdsprachige Eltern hätten dafür zu sorgen, dass ihre vierjährigen Kinder beim Eintritt in den Kindergarten deutsch / schweizerdeutsch verstehen und sprechen. Es schläckt's kä Geiss weg: Die Volksschule hat die Verantwortung für eine möglichst hohe Chancengleichheit für alle Kinder – diese Verantwortung darf sie nicht auf die Eltern abschieben. In elf Jahren könnte jedes Kind deutsch reden, schreiben und lesen lernen, aber das funktioniert halt nicht mit kompetenzorientiertem und selbstorganisiertem Tun in altersdurchmischten Grossklassen.

Auch der «Heilpädagoge light» bleibt Flickwerk, wie die echten Experten, die erfahrenen Lehrkräfte nämlich, in ihren Kommentaren festhalten: Damit wird das untaugliche Inklusionskonstrukt nicht tauglicher. Zurück auf Feld 1, verlangen sie, zu den Kleinklassen, die auf die jeweiligen Bedürfnisse der Kinder zugeschnitten sind, und zum Klassenunterricht.

Nach diesem Rundgang durch das Dickicht fragwürdiger Schulreformen und unbrauchbarer Notmassnahmen gelangen wir schliesslich zum Ausgangspunkt unseres Newsletters. «Orientierung kommt aus dem Ganzen» schreibt Carl Bossard; schon Aristoteles habe gewusst, dass das Ganze mehr ist als die Summe der einzelnen Teile. Vielleicht sollten die praxisfernen Reformer Aristoteles lesen? Oder sonst etwas Vernünftiges?

Wir wünschen unterhaltsame Lektüre!

Für das Redaktionsteam

Marianne Wüthrich

Orientierung kommt aus dem Ganzen

Journal21 10.2.2019

Carl Bossard

Eine kompetenzorientierte PISA-Pädagogik ruft nach Reformen. Die Schule wird darum in vielen Teilen umgebaut. Nur, kann aus den vielen Teilen jenes Ganze entstehen, das den Bildungsnotwendigkeiten gerecht wird?

„Wissen in Teilen macht eine schöne Geschichte; aber Weisheit entsteht, wenn wir das Ganze sehen.“ Mit dieser Mäuse-Moral schliesst die gehaltvolle Bilderbuchgeschichte „Sieben blinde Mäuse“.¹ Ja, wie entsteht aus den einzelnen Mosaiksteinen ein Gesamtbild? Was ist es? Das habe ich mich als Lehrer oft gefragt. Und welcher Gesetzmässigkeit, welcher Pflicht muss ich mich als Be-Teil-igter unterziehen, damit die zusammengefügte Steine das gewollte Ganze ergeben? Wie entsteht aus der ursprünglichen Addition von Partikeln ein Ergebnis, das nicht nur mehr ist als die Summe, sondern auch anders und wirkungsvoller als das lediglich Zusammengefügte?

Vom Teil zum Ganzen

Im Pädagogikstudium lernten wir: Mit dem Einzelauftrag sollte gleichzeitig auch der Sinn fürs Ganze eingebracht werden. Das sei fürs Gelingen entscheidend; und dazu gehörten Mitverantwortung ausserhalb der eigenen Teilaufgabe sowie Handeln im Sinne und Dienste des Ganzen. Darum müsse jede Lehrperson immer die einzelne Handlungssequenz ins Ganze integriert wahrnehmen. Handeln könne man nur in den Teilen, Orientierung und der Sinn aber kämen aus dem Ganzen.

Wer sich mit organisatorischen Netzwerken befasst, wer sich mit der Wirkungsweise von chemischen und physikalischen Systemen beschäftigt oder mit dem menschlichen Organismus, endet immer bei einer Vielfalt wechselseitiger Abhängigkeiten. Er trifft auf Interdependenzen innerhalb des Ganzen und zwischen den Teilen, die das Ganze ausmachen. Erinnert sei an das Wirken eines Orchesters. Einzelteile und Ganzes müssen übereinstimmen. Nur so kommt es zur intendierten Wirkung.

Sinn und Verantwortung für das Ganze

Das gilt auch fürs Bildungssystem als Ganzes und die Interaktion Unterricht als das Eigentliche des Systems. Niemand hat das systematischer analysiert als der Gesellschaftstheoretiker Niklas Luhmann.² Die einzelne Lehrperson als Teil des Systems müsse erleben, dass das Ganze die eigenen Möglichkeiten verbessere und erweitere und dass das eine oder das andere aus der Sicht beider nicht vorstellbar sei. Fortschritte liessen sich nur erzielen, wenn das Ganze und die Teile ergänzend zusammenwirkten. Um positiv wirken zu können, müssten die Kräfte aus dem System Schule und die Kräfte aus den Unterrichtsteilen stärker sein als eine blosser Addition. Eine Schulklasse ist eben mehr als 20 Schüler, eine gute Geschichte mehr als 100 Sätze. Darum ist gemäss Aristoteles das Ganze mehr als die Summe der einzelnen Teile.

Dieses Zusammenspiel von Organisation und Interaktion sei unentbehrlich, betont Luhmann. Und gleichzeitig fügt er etwas scheinbar Paradoxes bei: „Dies nicht zuletzt deshalb, weil die Organisation die Interaktion Unterricht nicht steuern kann.“³

¹ Ed Young (2007), Sieben blinde Mäuse. Aus dem Amerikanischen von Katrin Schulz. Weinheim und Basel: Beltz, S. 39.

² Niklas Luhmann (2002), Das Erziehungssystem der Gesellschaft. Herausgegeben von Dieter Lenzen. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag, S. 102ff.

³ Ebda, S. 164.

Eine Kaskade von Reformen

Wer hineinzoomt ins Wesentliche der Schule, in den Unterricht, erkennt sehr schnell: Mit enormem Aufwand haben die Bildungsbehörden in den letzten 20 Jahren das Schweizer Schulsystem reorganisiert und umstrukturiert – manches mit dem Ziel: besser und gezielter zu steuern. Reform folgte auf Reform, Projekt auf Projekt: Qualitätsmanagement und geleitete Schulen, Bildungsstandards und Messverfahren mit Tests, Frühenglisch und Mittelfrühfranzösisch, Integration und Inklusion, HarmoS und Lehrplan 21, klassenübergreifendes, altersdurchmisches Lernen AdL, selbstorientiertes Lernen SOL sowie offene Lehr- und Lernformen heissen einige Stichworte. Dazu kommt die Digitalisierung.

Und die Innovationen ziehen weiter. Im Monatstakt erscheinen neue Stichworte am Pädagogenhorizont: Heilpädagogik light, Familienklassenzimmer, Lerninseln, Korrektur des Schuleintrittsalters nach oben. Man will die unbewältigten Inkonsistenzen beseitigen. Darum muss im System kräftig revidiert und justiert werden. Das bringt Instabilität und Unruhe. Es lenkt vom Grundauftrag ab. Nicht wenige Lehrpersonen beklagen sich darum, ihr Kerngeschäft, das Unterrichten, verkomme zum „Nebenbei-Job“. Sie verzettelten sich in zahlreichen Teilbereichen.

Reformen generieren Reformen

„Das Hauptresultat von Reformen [sei] die Erzeugung des Bedarfs für weitere Reformen“, diagnostiziert der anerkannte Systemtheoretiker Niklas Luhmann messerscharf. Wer das Schweizer Bildungssystem betrachtet, erhält im Moment diesen Eindruck. Und Luhmann fügt bei: „Reformen wären danach sich selbst generierende Programme für die Veränderung der Strukturen des Systems.“

Und hier liegt eine grosse Falle: Das Entscheidende für den Bildungserfolg liegt eben nicht in der äusseren Struktur, sondern in der „face-to-face“-Interaktion, im Dialog, in der zwischenmenschlichen Beziehung, wie die erziehungswissenschaftliche Forschung zeigt. Strukturen allein können nicht wirken; es sind (Lehr-)Personen, die den Strukturen Leben und Wirkung geben. Wie sie in eine Klasse hineingehen, mit welcher Motivation, mit welcher Haltung, mit welcher Leidenschaft, mit welchem Sinn fürs Ganze – das entscheidet, ob Strukturen wirken.

Das Ganze im Blick

Die Teile und das Ganze: So wie es in der Welt der Sprache mit der Addition von Vokabeln nicht getan ist, so wie in Musik und Malerei die Werke nicht aus dem blossen Zusammenfügen von Tönen und Farben entstehen, so entsteht Bildung nicht einfach aus der blossen Addition von Einzellektionen. Es ist eine Bildung, die der ganzheitlichen menschlichen Wahrnehmung und Orientierungsbedürftigkeit entspricht. Das wissen alle. Es braucht dazu engagierte Lehrpersonen, denen eines bewusst ist: Orientierung kommt aus dem Ganzen, Handeln ist in den Teilen. Und die Bildungspolitik müsste für diese Teile auch „entgegenkommende Verhältnisse“ schaffen, um ein Wort des Soziologen Jürgen Habermas aufzunehmen.

Weisheit entsteht – und damit wohl auch positive Wirkung –, wenn wir das Ganze sehen. Eine kleine Anekdote illustriert das eindrücklich: Drei Steinmetze arbeiten am Kölner Dom. Der Erste wird gefragt: „Was machen Sie hier?“ Er gibt zur Antwort: „Ich haue Steine“. Auch der Zweite wird gefragt: „Was machen Sie hier?“ Er meint: „Ich verdiene mein Brot.“ Der Dritte antwortet auf die gleiche Frage: „Ich arbeite mit am Bau des Domes!“

Mitarbeiten am Bau des Domes: Diese Sicht hat das Ganze im Blick. Eine solche Optik gälte für die Bildungspolitik – und auch für deren Einzelteile.

Schule mit Zukunft – was braucht es?

Zürcher Oberländer, 17.12.2018, Tribüne

Wir sind uns einig: eine solide Schulbildung ist essenziell. Oftmals rechtfertigen Behörden und Politiker mit dieser Tatsache allerlei Ausgaben im Bildungsbereich. Doch wo ist gut investiert und wie kann sich unsere Schule für die Zukunft rüsten?

In den Gemeinden macht das Schulbudget einen Drittel bis die Hälfte des gesamten Staatshaushaltes aus, Tendenz steigend. Den überproportional steigenden Ausgaben von Kanton und Gemeinden nach zu urteilen, müsste unsere Schulbildung immer besser werden. Trotzdem beklagen viele Eltern, Lehrpersonen und Lehrbetriebe, dass Schulabgängern oftmals Grundfertigkeiten fehlen. Wer diese Entwicklung nüchtern betrachtet merkt, dass es so nicht stetig weitergehen kann.

Wo liegen die Stolpersteine?

- **Falsche Schwerpunkte:** Bereits heute scheitern viele Schüler an den Grundfertigkeiten wie Deutsch und Mathematik. Durch mehr Fremdsprachen in der Primarschule oder Methoden wie «Schreiben nach Gehör» geht der Fokus verloren. Reformen wie z.B. der Lehrplan 21 oder der Berufsauftrag belasten Lehrpersonen und lenken von Ihrem Kernauftrag, dem Unterrichten, ab.
- **Wachsende Bürokratie:** Noch eine Fachstelle für dies, mehr Therapeuten für das und ein teures Schulhaus mit Extra-Zimmern dazu. Das Geld fliesst zu oft in das Drumherum der Schule anstatt in den Schulunterricht.
- **Therapiewahn:** Immer mehr Kinder erhalten eine Therapie. Dazu werden sogar stark Verhaltensauffällige in die Regelklassen integriert. Dahinter steckt eine Sozialindustrie, die eigens davon profitiert. Ein gezielter Unterricht für starke und schwache Schüler ist unter den erschwerten Umständen kaum möglich.

Was ist zu tun?

- **Auf die Schülerinnen und Schüler fokussieren.**
Die Schule hat dafür zu sorgen, dass unsere Kinder das richtige Werkzeug erhalten. Steuergelder sollen entsprechend in Köpfe und nicht in Beton investiert werden.
- **Richtige Schwerpunkte setzen.**
Die Schule muss solides Grundlagenwissen vermitteln. Also zuerst Deutsch vor weiteren Fremdsprachen lernen und IT-Unterricht auch mit analogen Erlebnissen kombinieren.
- **Hürden für sonderpädagogische Massnahmen erhöhen.**
Sonderschulsettings sollen vermehrt hinterfragt und niederschwellige Massnahmen (z.B. mit Time-out-Klassen) geprüft werden.

Tragen wir gemeinsam einer Schule Sorge, die unsere Kinder optimal auf das gesellschaftliche und berufliche Leben vorbereitet und die Ressourcen entsprechend einsetzt.

Anita Borer

Vil schbas baim korrigiren!

SVP Klartext Januar 2019

Viele Schweizer Schüler lernen «nach Gehör» schreiben. Die Lust am kreativen Text steht dabei im Vordergrund, die Orthografie spielt keine Rolle. Doch neue Studien zeigen: Die hochgelobte Methode ist mitverantwortlich für die schlechten Rechtschreibfähigkeiten. In Deutschland wurde die Methode bereits verboten. Auch die Schweizer Bildungsdirektionen sollten die Lehrmittel sofort aus dem Verkehr ziehen.

Kürzlich hatten wir Klassenzusammenkunft und ein Vater erzählte, dass er fast verzweifelt über die Rechtschreibung seiner Tochter. Als er die Kleine auf Fehler aufmerksam machen wollte, sagte sie ihm: «Du darfst mich nicht korrigieren. Das hat meine Lehrerin gesagt!»

Wie schreibe ich es meinem Kind?

Kinder sollen einfach drauflos schreiben. Die Rechtschreibung spielt keine Rolle. «Schreiben nach Gehör» oder «lautgetreues Schreiben», nennt sich diese Methode. «Ich SchBiLE FUSBAL MITMEiNeM PAPA.» Was bei Erstklässlern vielleicht noch herzig ist, hat schwerwiegende Konsequenzen: Die Schülerinnen und Schüler werden jahrelang nicht korrigiert und prägen sich falsche Wortbilder ein, die dann ab der vierten oder fünften Klasse wieder mühsam abtrainiert werden müssen.

Lehrmeinung statt Ideologie

Neue Studien zeigen, dass diese Lernmethode wesentlich mitverantwortlich ist für die Rechtschreibschwäche – und zwar besonders bei Schülern, die sonst schon Mühe haben in der Schule oder bei Kindern aus fremdsprachigen Familien. Ausgerechnet eine linke Reformidee benachteiligt benachteiligte Buben und Mädchen... Was würden Sie von einem Sportlehrer halten, der Ihr Kind jahrelang falsche Bewegungsabläufe einüben lässt und dann plötzlich beginnt, die falsch eingeübten Abläufe wieder zu korrigieren? Sie würden mit Recht nur den Kopf schütteln.

Jürgen Oelkers war Pädagogikprofessor an der Universität Zürich und fordert ein Umdenken an den Schulen: «Das Üben ist zentral, besonders beim Schreiben. Doch man betont heute das Spasshafte und reduziert die Übungsanteile – für viele Schüler ist das genau das Falsche. Beim Sport oder beim Klavierspielen sieht auch jeder sofort ein, dass es ohne Üben nicht geht.» Zum Üben gehören auch Diktate, und dass Fehler sauber korrigiert werden – von den Lehrpersonen wie den Schülern.

Aus Fehlern klug werden

In verschiedenen deutschen Bundesländern wurde die «Schreiben nach Gehör»-Methode inzwischen verboten. In Nidwalden hat Bildungsdirektor Res Schmid (SVP) die einschlägigen Lehrmittel aus dem Verkehr gezogen. Als Mitglied der Bildungskommission des Nationalrats konnte ich das Thema für die nächste Sitzung traktandieren lassen. Es dürfen nicht noch mehr Schüler Opfer dieser «Schlechtschreib-Methode» werden.

Peter Keller, Nationalrat, Hergiswil

Anita Borer befürchtet negative Aspekte von «Schreiben nach Gehör»

Zürcher Oberländer 7.2.2019

Uster • Der Zürcher Regierungsrat und auch die Primarschule Uster betonen, dass sie an der Lernmethode festhalten wollen.

Auf kantonaler und kommunaler Ebene musste sich die Exekutive mit derselben Anfrage der Ustermer SVP-Gemeinderätin Anita Borer auseinandersetzen. Die Politikerin stösst sich an der Lernmethode «Schreiben nach Gehör», die auf dem Lehrplan 21 basiert. Diese Technik stützt sich auf das Prinzip, dass Kinder in den ersten Schuljahren Wörter so schreiben dürfen, wie sie es aufgrund des Klangs der Silben für richtig halten. Erst danach lernen sie die korrekte Rechtschreibung.

Laut Borer trägt die Lernmethode dazu bei, dass die junge Generation nicht mehr richtig schreiben könne, was negative Auswirkungen auf den beruflichen Erfolg der Schulabgängerinnen und Schulabgänger habe. Die hat deshalb eine Anfrage sowohl bei der Primarschulpflege Uster als auch beim Regierungsrat platziert.

«Anerkannte Lerntechnik»

Die Primarschulpflege stellt in ihrer Antwort klar, dass sie das Schreiben nach Gehör nicht aus dem Klassenzimmer verbannen möchte. «Von Anfang an die korrekte Schreibweise zu lernen, macht keinen Sinn. Die Schülerinnen und Schüler lernen die Laute über das Gehör kennen.» Das lautgetreue Schreiben sei eine «anerkannte» und «weit verbreitete» Lerntechnik, welche die Freude und Motivation beim Lernen fördere.

Die korrekte Schreibweise stehe deshalb im Kindergarten und in der ersten Klasse nicht im Vordergrund. Im Verlauf der Unterstufe, also zwischen der ersten und dritten Klasse, werde die korrekte Schreibweise effektiv trainiert. «Aus Sicht der Primarschulpflege besteht keine Gefahr, dass die Kinder durch das lautgetreue Schreiben die korrekte Schreibweise später nicht lernen würden», schreibt die Schulpflege.

Lehrperson ist entscheidend

Ins gleiche Horn wie die Primarschulpflege stösst auch der Regierungsrat. Es bestünde derzeit kein Anlass, eine einzelne Erstlesemethode zu verbieten. Die kantonale Exekutive beruft sich auf wissenschaftliche Studien. Diese würden belegen, dass sich weder im Lesen noch in der Rechtschreibung am Ende der vierten Klasse bedeutsame Unterschiede beziehungsweise Rückstände im Können der Schülerinnen und Schüler feststellen lassen, die nach der Methode «Lesen durch Schreiben» unterrichtet worden sind.

«Grundsätzlich ist davon auszugehen, dass der Unterricht und die pädagogisch-didaktischen Fähigkeiten der Lehrpersonen ausschlaggebend sind für den Lernerfolg der Kinder als die angewendete Methode», so der Regierungsrat.

Anita Borer ist mit den beiden Antworten nicht zufrieden: «Ich finde nicht, dass das systematische Schreibenlernen mit der entsprechenden Grammatik im Widerspruch zu «Spass am Schreiben» steht. Auch das kann so vermittelt werden, dass es Freude bereitet.» Es sei mühsam, den Kindern im Nachhinein das richtige Schreiben beizubringen. «Wieso also nicht gleich von Anfang an richtig schreiben?», fragt sich Borer.

Sie will sich weiter mit dem Thema beschäftigen: «Ich möchte dabei nicht zu stark ins Operative eingreifen. Mir geht es darum, den Finger auf das Thema zu halten und mit Eltern im Austausch zu bleiben.» Sie wolle weiterhin prüfen, ob es Möglichkeiten gebe, dass die Rechtschreibung der Schülerinnen und Schüler verbessert werden kann. «Und wenn nötig, setze ich mich politisch ein, um entsprechende Grundlagen zu schaffen.»

Jennifer Furer

Sprechen Kindergärtler schlecht Deutsch, sollen die Eltern zahlen

Tages-Anzeiger 11.2.2019, Schweiz

Sprachförderung • Der Thurgau provoziert wieder einen nationalen Bildungsstreit.

Raphaela Birrer

«Wir Thurgauer sind eben widerspenstig», sagt Urs Schrepfer und lacht. Der Satz fällt zum Schluss eines langen Gesprächs, doch eigentlich findet der Schulleiter und SVP-Kantonsparlamentarier die Diskussion gar nicht lustig. Im Gegenteil: Wie viele seiner Grossratskollegen fühlt er sich missverstanden.

Schrepfer gehörte 2015 zu den treibenden Kräften hinter einer Änderung des Thurgauer Volksschulgesetzes. Damals beschloss das Parlament, dass Eltern den Deutschunterricht mitfinanzieren müssen, wenn ihre in der Schweiz geborenen Kinder beim Kindergartenentritt die Landessprache noch nicht sprechen.

Der Entscheid sorgte für Wirbel im Ostschweizer Kanton: Vier Privatpersonen reichten Klage ein - und das Bundesgericht gab ihnen 2017 mit Verweis auf Artikel 19 der Bundesverfassung recht. Demnach muss der Volksschulunterricht unentgeltlich sein. Das Leiturtel hatte weitreichende Folgen: Bis dahin hatten Schulgemeinden in der ganzen Schweiz Elternbeiträge für Klassenlager oder Exkursionen verlangt. Diese Praxis wurde per sofort untersagt. Höchstens 16 Franken pro Tag - den Betrag, den die Eltern wegen der Auswärtsverpflegung ihrer Kinder sparen - dürfen solche Programme seither noch kosten.

Im Thurgau spricht man parteiübergreifend von einem «Kollateralschaden». Plötzlich sah die ganze Schweiz die Schullager gefährdet - ein unbeabsichtigtes neues Problem. Nur die Kosten der sprachlichen Integration, das eigentliche Anliegen breiter politischer Kreise im Kanton, waren kein Thema mehr.

Zahlreiche Kinder betroffen

Das soll sich jetzt ändern. Und wie vor fünf Jahren, als die Thurgauer mit ihrem – mittlerweile revidierten - Entscheid zur Abschaffung des Frühfranzösisch einen Sprachenstreit auslösten, soll die Frage nun auf nationaler Ebene geklärt werden. Das Kantonsparlament hat im Januar mit grosser Mehrheit eine Motion verabschiedet, die den Regierungsrat mit einer Standesinitiative beauftragt. Das Ziel: Die Bundesverfassung soll relativiert werden. Eltern, die sich vor Schuleintritt zu wenig um die Integration ihrer Kinder kümmern, sollen für den Deutschunterricht oder für Dolmetscher bei Elterngesprächen bezahlen müssen.

Zahlen aus der Kantonshauptstadt Frauenfeld zeigen, wie verbreitet die Sprachprobleme der Kinder sind. Dort mussten im Jahr 2014 von den 480 Kindergärtlern 166 (35 Prozent) zum Deutschunterricht. Davon hatten 70 Kinder (42 Prozent) einen Schweizer Pass, wie Schulpräsident und SVP-Kantonsrat Andreas Wirth sagt. In Urs Schrepfers 7800-Einwohner-Gemeinde Sirnach waren es 2015 gar 75 Prozent der Deutschschüler, die in der Schweiz geboren waren oder deren Eltern schon länger als zehn Jahre hier lebten. «Von solchen Familien darf man erwarten, dass ihre Kinder Deutsch sprechen», sagt Schrepfer.

Die Drohung, für den Deutschunterricht im Kindergarten bezahlen zu müssen, würde Wirkung zeigen, ist er überzeugt. In Sirnach hätten doppelt so viele Kinder die vorschulische Sprachspielgruppe besucht, als er den Eltern eine Kostenbeteiligung im Kindergarten androhte. Ihm gehe es weder um die Kosten von jährlich 180000 Franken für den Deutschunterricht noch um eine generelle Abstrafung der Ausländer, betont Schrepfer. «Flüchtlinge und erst kürzlich Zugewanderte wären ausgenommen.» Vielmehr wolle er

vermeidbare Sprachdefizite der Kinder beheben, die sich häufig auf die ganze Schulkarriere auswirken.

Auch die beiden Motionäre Hanspeter Heeb (GLP) und Kilian Imhof (CVP) betonen den «psychologischen Effekt». «Die Massnahme ist ein Hebel, um die Integration zu fördern», sagt Schulleiter Imhof. Und Schulpräsident Heeb spricht von einem «Fehlanreiz, dass die Schule gratis Sprachförderung anbietet, die zuvor hätte stattfinden müssen». Die Forderung ist denn auch parteipolitisch breit gestützt. Nur in den Reihen von SP, Grünen und FDP gab es teilweise Widerstand.

Skeptisch ist auch Lehrerverbandspräsident Beat W. Zemp. Mangelnde Sprachkenntnisse seien zwar verbreitet, und es sei ein folgenreiches Versäumnis, die Unterrichtssprache vor dem Schuleintritt nicht zu lernen. Aber: «Die Standesinitiative verstösst gleich zweifach gegen die Verfassung: Schule muss unentgeltlich sein. Und niemand darf wegen seiner Sprache diskriminiert werden.» Das Recht auf Bildung müsse für alle Kinder unteilbar bleiben - unabhängig vom sozioökonomischen Status der Eltern. Zudem hält Zemp einen solchen Passus in der Verfassung für willkürlich. «Wir regeln ja dort auch nicht, mit welchen motorischen Kompetenzen ein Kind in die Schule kommen soll.»

Basel-Stadt als Vorbild

Über Deutschdefizite klagen auch Schulgemeinden anderer Regionen. Auf Kantonsebene gebe es jedoch keine aggregierten Daten, wie häufig Kinder aus schon lange in der Schweiz lebenden Familien betroffen sind, heisst es bei der Erziehungsdirektorenkonferenz. Zudem kennen die Kantone unterschiedliche Regelungen für solche Fälle.

Als Pionierkanton gilt Basel-Stadt: Dort besteht seit 2013 ein selektives Obligatorium für «Deutsch vor dem Kindergarten». Die Eltern erhalten ein Jahr vor der Kindergartenanmeldung einen Fragebogen, der den Förderbedarf eruiert. Ist der Besuch einer vorschulischen Sprachspielgruppe erforderlich, sind die Eltern gesetzlich verpflichtet, ihr Kind an zwei Halbtagen pro Woche dorthin zu schicken. Der Kanton übernimmt die Kosten. Sehen die Eltern davon ab, drohen Bussen bis 1000 Franken.

Eine gesetzliche Verpflichtung zum vorschulischen Sprachunterricht kennt auch Luzern seit drei Jahren, wie Charles Vincent von der Dienststelle Volksschulbildung sagt. Zürich hingegen will kein selektives Obligatorium. Das hat die Bildungskommission des Kantonsrats Ende Januar entschieden: Weil viel mehr Kinder betroffen wären als in Basel-Stadt, wären die Kosten zu hoch. Auch für Bern, wo der Kanton die frühe Sprachförderung finanziell unterstützt, ist das gemäss Erziehungsdirektion keine Option. Im Thurgau hingegen prüfen die führenden Bildungspolitiker dies nun parallel zur angestrebten Verfassungsänderung. «Ich werde diese wirksame Massnahme politisch sicher weiterverfolgen», sagt Andreas Wirth.

Was man im Bundeshaus von der Forderung hält

Das Anliegen der Thurgauer sorgt in Bundesbern für eine Kontroverse. Anders als im Ostschweizer Kanton verlaufen die Fronten entlang der Parteipolitik. Bildungspolitiker der SVP unterstützen eine finanzielle Beteiligung fremdsprachiger Eltern am Deutschunterricht der Kindergartenkinder, wenn diese die vorschulische Förderung verpasst haben. «Wenn Eltern mutwillig Integrationsleistungen verweigern, kann ich mir das vorstellen», sagt Nationalrat Felix Müri (LU). Auch Peter Keller (NW) hält «gezielte Ausnahmen» von der Unentgeltlichkeit der Schule in solchen Fällen für richtig. Dezidiert dagegen stellt sich die Linke. «Es ist absurd, Eltern mit Drohungen zur Zusammenarbeit zu zwingen», sagt etwa SP-Nationalrätin Martina Munz (SH). Sie plädiert stattdessen für ein Anreizsystem mit teilweise kostenfreien Kita-Plätzen.

Auch in den Mitte-Parteien überwiegt die Skepsis: Die Volksschule fördere die Chancengleichheit nur, wenn sie für alle unentgeltlich bleibe, sagt BDP-Nationalrätin Rosmarie Quadranti (ZH). «Populistische Strafaktionen gegen Migranteltern sind nicht zielführend.»

In der CVP hält man das Anliegen für berechtigt, aber eine Verfassungsänderung für den falschen Weg. Nationalrätin Andrea Gmür plädiert dafür, dass die Kantone die verpflichtende Sprachförderung in ihren Volksschulgesetzen regeln - wie ihr Kanton Luzern, der einen Passus für den Besuch von Sprachspielgruppen geschaffen hat.

An solchen kantonalen Massnahmen soll sich nun der Bund finanziell beteiligen. Das fordert der Basler LDP-Nationalrat Christoph Eymann, der als damaliger Erziehungsdirektor das selektive Obligatorium für die vorschulische Deutschförderung initiiert hatte. «Fehlende Sprachkenntnisse verfolgen junge Menschen in der gesamten Laufbahn. Deshalb müssen wir handeln», sagt er.

Der Bundesrat unterstützt die Motion. Doch just eine Thurgauerin bekämpft sie: SVP-Nationalrätin Verena Herzog. «Es ist verständlich, dass Herr Eymann für Basel auf das Giesskannenprinzip des Bundes hofft. Das ist aber nicht sachdienlich», sagt sie. Eine Verfassungsänderung hingegen verhindere, dass die Angebote der Frühförderung «bewusst missachtet werden». (rbi)

Podiumsveranstaltung des Vereins «Starke Volksschule Zürich»

Der Zürcher Bote 8.2.2019

UMSTRITTENE SCHULREFORM «LEHRPLAN 21»

Die umstrittene Schulreform «Lehrplan 21» ist und bleibt ein Thema bei den Eltern. Viele Familien stehen vor unbeantworteten Fragen und benötigen Unterstützung. Dies zeigte sich an der Informationsveranstaltung «Selbsttätiges Lernen, Lernateliers: Erleichtert oder verleidet die Schule unseren Kindern das Lernen?» vom noch jungen Verein «Starke Volksschule Zürich» in der Stiftung Glockenhof, Zürich am 30. Januar 2019.

An einem Podiumsgespräch diskutierten unter der Leitung von Vereinspräsident Timotheus Bruderer der bekannte Psychologe und Pädagoge Prof. Dr. Allan Guggenbühl, der Kinderarzt Dr. med. Hannes Geiges und Nicole Fuchs, Elternvertreterin und Familiencoach.

Der vollbesetzte Saal mit über 80 Personen zeigte das wachsende Bedürfnis der Öffentlichkeit nach ungefilterter Information über die Reformumsetzung der Zürcher Volksschule. Timotheus Bruderer, Vater und Gemeinderat in Wetzikon, moderierte das hochkarätige Podium nach Kurzvorträgen der Fachleute. Der anschliessenden, lebhaften Diskussion wurde viel Zeit eingeräumt. Vorträge und Diskussion standen in einem auffallenden Gegensatz zu den beschönigenden Behauptungen von Schulbehörden, Bildungspolitikern und Medien. Referenten und viele Diskussionsteilnehmer waren sich einig, dass jeder in seinem eigenen Bereich etwas tun muss, aber dass die Bürger auch politisch am Ball bleiben müssen. An den Pädagogischen Hochschulen muss wieder das Unterrichten gelehrt werden. Dazu will der Verein «Starke Volksschule Zürich» mit regelmässigen Veranstaltungen und weiteren Aktionen beitragen.

Timotheus Bruderer, Kantonsratskandidat, Wetzikon

«Konstante Bezugspersonen»

NZZ am Sonntag 3.2.2019 Leserbriefe

«Nun kommt der Heilpädagoge light» NZZ am Sonntag vom 27. Januar

Die Pflasterlipolitik geht weiter, solange man nicht dem eigentlichen Problem auf den Grund geht. Behinderte und verhaltensauffällige Schüler brauchen einen speziellen, kontinuierlichen Unterricht in Klassen mit konstanten Bezugspersonen. Das wird weder durch Heilpädagogen light noch durch schulische Heilpädagogen erfüllt, welche die Kinder sporadisch aus den Klassen entfernen und sie nur stundenweise fördern. Voraussetzungen für diese anspruchsvolle Tätigkeit haben nur Lehrkräfte, die sich mindestens ein Jahr in Regelklassen bewährt haben und nachher speziell für den Gruppenunterricht mit behinderten und schwierigen Kindern ausgebildet worden sind. Das ist heute nicht mehr der Fall, und es liegt an den Bildungsdepartementen, den Hochschulen für Heilpädagogik verbindlich diesen Auftrag zu erteilen. Nur Separation mit einem Unterricht, der zugleich Grundlagenförderung und erzieherische Anliegen aufnimmt, führt zu echter Integration!
Peter Schmid, Frauenfeld (TG)

Pädagogische Integrationsromantik führte dazu, dass die Kleinklassen für verhaltensauffällige oder intelligenzschwache Kinder abgeschafft und diese in die Regelklassen eingegliedert wurden. Das führte in den Letzteren zu massiven Problemen, worauf man den Lehrerinnen Heilpädagogen und sonstige Assistenten zur Verfügung stellte, die sich während einzelner Stunden den Problemschülern widmeten. Das löste die Probleme aber nicht. Nun sucht man eine neue Lösung, indem man die Lehrkräfte zu Heilpädagogen ausbildet, wodurch sich der Einsatz von Hilfskräften erübrigen soll. Man übersieht dabei, dass auch die bestausgebildete und einsatzfreudigste Lehrerin nicht alles zur gleichen Zeit machen kann. Man kann nicht gleichzeitig therapieren und Rechenunterricht erteilen.
Helmut Meyer, Zürich

Warum sträubt man sich denn immer noch gegen eine erneute Schaffung von Kleinklassen? Dieses System funktionierte damals bestens, und als Lehrpersonen unterrichteten meist sonderpädagogisch sehr gut ausgebildete Leute. Der Vorschlag, von Normalklassenlehrkräften eine zusätzliche Ausbildung zu verlangen ohne irgendeine Gegenleistung bei der Besoldung, ist nicht durchführbar. Im Übrigen kann man es auch übertreiben mit der Einstufung von Kindern als «förderungsbedürftig». Die entsprechenden Zahlen sind viel zu hoch; würde man sie senken, wäre rasch eine Entspannung im Personalbedarf zu erreichen.
Bruno Pfister, Pfäffikon (SZ)

Es ist kaum zu glauben, mit welcher haarsträubenden Ideen die zunehmend realitätsfremden Bildungstheoretiker den fatalen Auswirkungen des grassierenden Integrationswahns an der Zürcher Volksschule entgegenwirken wollen. Sollten angehende Pädagogen mit künftiger Klassenlehrerverantwortung auch noch die vorgeschlagene Portion heilpädagogischer Ausbildung durchlaufen und ihre Umsetzung in der Praxis schultern müssen, dürfte sich die Halbwertszeit ihres aktiven Lehrerdaseins noch einmal rapide verkürzen. Dabei liegt die Lösung mancher Überforderungen in Regelklassen so nahe: Sie heisst Kleinklassen.
Max Knöpfel, Pfäffikon (ZH)

Aus meiner langjährigen Erfahrung als Sozialpädagogin im Klassenzimmer sehe ich dringenden Handlungsbedarf. Ich mache mir momentan mehr Sorgen um die Lehrer, weil sie zu viel Verantwortung tragen, allen Anforderungen gerecht werden zu müssen. Und auch um die stärkeren Schüler, weil gerade so viel Augenmerk auf den Problemschülern liegt.
Ich bezweifle, dass die Heilpädagogik light Verbesserung bringt. Wir haben es in den

Grundschulen mit einem riesigen Spektrum von Begabungen bis hin zu Behinderungen und zusätzlich erziehungsbedingten Verhaltensauffälligkeiten zu tun. Dies müssen und können die Lehrer nicht mehr allein bewältigen. Es braucht starke Teams aus unterschiedlichen Bereichen. Dass zu Hause zu wenig Erziehung stattfindet, bekommen wir alle in der Schule stark zu spüren. Es braucht ein noch viel ganzheitlicheres Konzept. Ich glaube, wir dürfen wirklich nicht noch mehr Gewicht auf die Lehrer laden. Sicher ist es wichtig, dass sie auch eine gewisse Bildung im Bereich der Inklusion erhalten, dies gehört jedoch bereits in die Grundausbildung und bedarf keiner zwangsverordneten Zusatzausbildung.
Nadja Eisele, Basel

Von der offenen Vision zum praxisfernen Dogma

Leserbrief zur NZZ am Sonntag vom 27.1.2019 «Konstante Bezugspersonen» Nun kommt der Heilpädagogie light.

Möglichst alle Kinder sollen gemeinsam in Regelklassen unterrichtet werden. Mit dieser sozialen Leitidee sollen Ausgrenzungen vermieden und die Chancengerechtigkeit erhöht werden. Doch die Umsetzung des Konzepts ist keine Erfolgsgeschichte. Die schulische Integration von stark verhaltensauffälligen Kindern und Schülern mit besonderen Bedürfnissen ist zu einer offenen Dauerbaustelle geworden. Die Kosten laufen aus dem Ruder, die Klassenlehrpersonen beklagen sich über die hohe Mehrbelastung und die wenigen Heilpädagoginnen eilen von Zimmer zu Zimmer, um pädagogische Feuerwehrarbeit zu leisten.

Ein grosser Teil dieser unerfreulichen Entwicklung ist durch falsche bildungspolitische Entscheidungen entstanden. Die schöne Vision des gemeinschaftlichen Lernens hat sich längst zu einer starren Ideologie des generellen Integrierenmüssens verfestigt. Statt pragmatisch die Integration schrittweise voranzubringen, wurden bewährte Kleinklassen in grosser Zahl gestrichen und ein Sonderpädagogisches Konzept installiert, das personell nicht zu bewältigen ist. Das Modell erweist sich in finanzieller und pädagogischer Sicht als Fass ohne Boden.

Jetzt sollen die Klassenlehrpersonen die aufwändige Reparatur vornehmen, indem ihnen ein Teil der heilpädagogischen Arbeit übertragen wird. Nichts gegen die Vermittlung heilpädagogischer Grundkenntnisse im Rahmen der bisherigen Primarlehrerausbildung, aber die mit einem Ausbau der Ausbildung verknüpften Erwartungen an eine Rettung des starren Integrationsmodells verlängern nur dessen Agonie.

Was es dringend braucht ist eine umfassende Analyse, weshalb die Anzahl der Sonderpädagogischen Massnahmen viel zu hoch ist. Vor allem die Tatsache, dass die Knaben weit mehr zusätzliche Unterstützung nötig haben als die Mädchen, gibt zu denken. Ist ein Primarschulunterricht mit viel selbstorganisiertem Lernen wie beispielsweise die Arbeit nach Wochenplan wirklich kindgerecht? Gerade bei unruhigen Kindern wirkt sich ein strukturierter Unterricht mit guter Klassenführung stabilisierend auf ihr Verhalten und ihre Leistungsbereitschaft aus. Aber auch das Bildungsprogramm mit seinen für einseitig begabte Schüler verheerenden Vielfalt an verbindlichen Kompetenzziele muss hinterfragt werden. Es ist unsinnig, Lehrpersonen mit heilpädagogisch konzipierten Nachführprogrammen in den frühen Fremdsprachen zu beauftragen, wenn einige durchaus lernfreudige Kinder mit drei Sprachen einfach überfordert sind.

Gründlich ausgebildete Heilpädagogen sind in erster Linie dazu da, Blockaden bei wesentlichen Lernprozessen zu beheben und ernsthafte Entwicklungsstörungen zu korrigieren. Damit dies gelingt, brauchen diese Fachleute ausreichend Zeit für die Therapiearbeit. Mit Schnellbleichen kommt man da nicht weit. Der neuste Vorschlag zur

Behebung des Fachlehrermangels würde ein aufwändiges Flickwerk schaffen, das die Ursachen des aktuellen Malaise nicht beseitigen kann.

Hanspeter Amstutz, Fehraltorf

Interview mit Silvia Steiner

NZZ 11.2.2019, Zuschriften

Integration als Menschenrecht, ja – aber richtig! Bildungsdirektorin Silvia Steiner bezeichnet die integrative Schule nicht als Projekt, sondern als Menschenrecht (NZZ 28. 1. 19). Das ist eine bemerkenswerte Auffassung, von der ausgegangen werden kann, um dem Anliegen auf den Grund zu gehen. Meine Vorstellung von Menschenrecht in der Bildung besteht jedoch darin, dass alle Kinder die Chance bekommen, ihren Voraussetzungen gemäss optimal gefördert und gebildet zu werden. Nur so wird dem Anliegen nach echter Integration entsprochen. Als ehemaliger Ausbilder von Sonderklassenlehrern stelle ich einfach fest, dass behinderte und verhaltensauffällige Schüler in der Regelschule ja nur stundenweise spezielle Zuwendung und keine ihnen angepasste kontinuierliche Förderung erhalten. Die obligatorische Schulzeit wird so ungenügend genützt.

Für diese Schüler würde das Menschenrecht bedeuten, dass auch sie Anrecht haben, in einem Klassenverband dort abgeholt zu werden, wo sie entwicklungsmässig stehen. Darauf wäre aufzubauen, statt in einem Klassenverband überfordert und ständig wieder daraus entfernt zu werden. Sonderklassen waren bisher als Teil der Volksschule sehr wohl in den bestehenden Schulhäusern untergebracht, und dem Austausch mit übrigen Klassen und Schülergruppen, wo dies nur irgendwie möglich war, stand nichts im Wege. Das Problem ungleicher Unterrichtschancen besteht eben darin, dass Lehrkräfte, die in der Lage wären, den anspruchsvollen und erschwerenden Gruppenunterricht von Schülern mit besonderen Bedürfnissen und Schwächen zu erteilen, nicht mehr entsprechend ausgebildet werden.

Peter Schmid, Frauenfeld

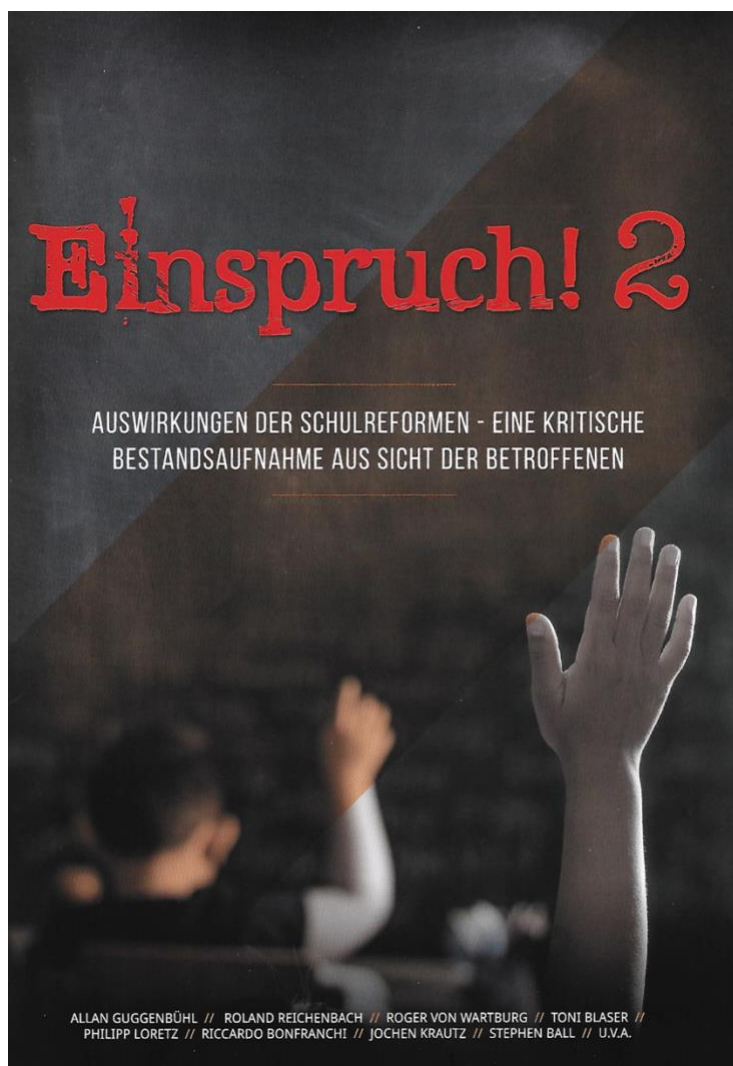
Ich teile Frau Regierungsrätin Steiners Ansicht, dass die Bildung kein Ort für Experimente ist. Doch leider nehme ich zurzeit im Bildungsbereich das Gegenteil wahr. Heute profilieren sich Schulen mit fragwürdigen Innovationen, die von selbsternannten Jurys mit Schulpreisen ausgezeichnet und dann prominent gefeiert werden. Die Institution Schule verkommt zu einem Anlass wie «Germany's Next Topmodel». Dieser Trend untergräbt nicht nur die Grundfesten der Demokratie, sondern ist auch unfair gegenüber engagierten, aber unaufgeregten Lehrpersonen. Wir würden stattdessen in allen Gemeinden und in allen Stadtkreisen schlicht und einfach normale, gute und seriöse Schulen brauchen, in denen unseren Kindern ein breites Wissen, Leistungswille und kritisches Denken mit auf den Lebensweg gegeben wird – genau so, wie es Silvia Steiner formuliert!

Susanna Abegg, Herliberg

Einspruch! 2

Die Broschüre **Einspruch! 2** (64 S.) kann bestellt werden unter: arkadi@bluemail.ch.

- pro Broschüre 7 Fr. + Versandkosten,
- ab 10 Exemplaren je 5 Fr. + Versandkosten



Veranstungshinweise

Das Lernen der Kinder ins Zentrum stellen

oder von der Energie menschlicher Beziehung in Schule und Elternhaus im Zeitalter der Digitalisierung

Referat von Carl Bossard mit anschliessender Diskussion

Mittwoch, 20. Februar 2019, 19.30 Uhr Forum Odeon Brugg, Bahnhofplatz 11

Alles redet von Digitalisierung und von Kompetenzen. Darin und im selbstorganisierten Lernen sehen viele das Zaubermittel für die Zukunft unserer Kinder. Doch der Aufbau von Wissen und Können braucht Beziehung und Vertrauen – das gilt für die Schule, das gilt für die Familie. Der Referent beleuchtet das pädagogische Dreieck von

Lehrperson/Erziehungsverantwortliche–Kind–Inhalte

und zeigt die grundlegenden Wirkkräfte auf.

Alle wissenschaftlichen Studien zeigen eines: Es braucht *Personen*, die uns zu Verstehenden machen – mit der Energie des zwischenmenschlichen Austausches und der Kraft des dialogischen Lernens.

Bildungsforum Aargau – Schule im Fokus [Mehr...](#)

Autismus – eine Diagnose mit vielen Facetten

Mittwoch 27. März 2019

18.30 – 20.30

Referenten

Dr. med. Ronnie Gundelfinger
(KJPP Zürich)

Mag. rer. nat. Bettina Rauch
(KJPD St. Gallen)

Einführung

Dr. med. Arnold Bächler
(Verein Ostschweizer
Kinderärzte)



Fachhochschule St. Gallen
Rosenbergstrasse 59
(beim Bahnhof)
9000 St. Gallen

Grosser Plenarsaal Parterre

[Mehr...](#)

VORTRAGSREIHE
PÄDIATRIE, SCHULE & GESELLSCHAFT

Autismus – eine Diagnose mit vielen Facetten

MITTWOCH, 27. MÄRZ 2019, 18.30 – 20.30 UHR



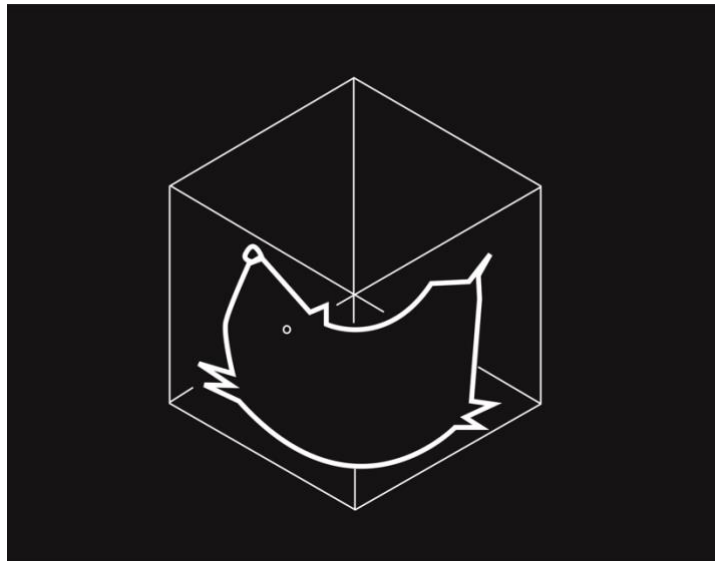
4.5.2019: Time for Change? – Teil II: Im Hamsterrad

Um die Schulen scheint es bestens zu stehen: Bildung ist in aller Munde, Zertifikate und Siegel schmücken schillernde Schulhomepages, bunte Tage der offenen Tür präsentieren vielfältige Angebote und Profile. Schülerinnen und Schüler werden individuell gefördert und auf dem Papier auch immer besser. Lehrerinnen und Lehrer arbeiten in multiprofessionellen Teams, hospitieren kollegial, evaluieren ihre Arbeit und gestalten in Steuergruppen und Schulentwicklungssteams eine lernende und gesunde Schule der Vielfalt und der Zukunft usw.

Zugleich aber klagen Lehrerinnen und Lehrern über Dauerüberlastung, Zeitdruck, immer mehr unterrichtsferne Bürokratie durch Dokumentationspflichten und Koordinierungsaufgaben sowie die wachsenden pädagogischen Herausforderungen. All dies führe zur zunehmenden Marginalisierung des Kerngeschäfts von Unterricht und Erziehung.

In dieser Not seufzen Viele, «It's time for change!» So öffnet Überlastung den Weg für die innovativen Verheißungen der «sanften» Steuerungstechniken, die die Anpassung an von außen gesetzte Regulative durchsetzen und die pädagogische Freiheit unterminieren.

Die Tagung beleuchtet in Vertiefung ihres ersten Teils, wie die manipulative Steuerung von Schule durch Change-Management mit den konkreten Erfahrungen des Schulalltags zusammenhängt. Die Beiträge zu ausgewählten Phänomenen verknüpfen wissenschaftliche Analysen mit Ausblicken aus der Praxis. Die Tagung soll Lehrerinnen und Lehrer ermutigen, ihre pädagogische Freiheit und Verantwortung wahrzunehmen – gegen versteckten Anpassungsdruck und für die der Schule anvertraute junge Generation und den Erhalt von Freiheit, Demokratie und Kultur. [Mehr...](#)



Time for Change? – Teil II: Im Hamsterrad

Schule zwischen Überlastung und Anpassungsdruck

Tagung, Samstag, 04. Mai 2019

Bergische Universität Wuppertal,
Fakultät für Design und Kunst,
Lehr- und Forschungsgebiet Kunstpädagogik

in Kooperation mit:
Gesellschaft für Bildung und Wissen e.V.
Universität Bonn, Arbeitsbereich Bildungswissenschaften
Cusanus Hochschule, Bernkastel-Kues
Universität zu Köln, Department Erziehungs- und Sozialwissenschaften

